

Plädoyer für eine kulturelle Weltinnenpolitik



Prof. Dr. jur. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Essen
Foto: Martin Becker

Der 9. Kulturpolitische Bundeskongress hat erneut deutlich werden lassen, wie notwendig es ist, dass kulturpolitische Akteure, Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende aus allen Sektoren und auf allen Ebenen im Dialog miteinander die Lage reflektieren und kulturpolitisch Position beziehen. Es war uns eine Ehre und Freude, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Mitwirkenden des Kongresses sowie die teilnehmenden Mitglieder der Kulturpolitischen Gesellschaft am Vorabend zu einem Empfang in das Schloss Bellevue eingeladen hat. Die Reden von Staatsministerin Prof. Dr. Monika Grütters und von Außenminister Sigmar Gabriel waren Höhepunkte im Kongressprogramm. Der folgende Text basiert auf den Reden die ich im Schloss Bellevue und am ersten Kongresstag gehalten habe.

In der zunehmend globalisierten Welt sind ökonomische, ökologische und kulturelle Prozesse immer stärker miteinander verflochten. Doch die Spannungen in den und durch diese Entwicklungen werden zunehmend größer:

- Die Welt ist in den letzten Jahrzehnten deutlich »kleiner« geworden. Die Medialisierung rückt Menschen, Dinge und Ereignisse immer näher zusammen. Doch längst sind die neoliberale Schönfärberei und die naiven Freiheitsversprechen der Internetprotagonisten entlarvt. Im ubiquitär wirkenden »mental Kapitalismus« werden unsere Bilder, unsere Musik, unsere Emotionen und Vorlieben, unsere Haltung und unsere private Kommunikation durch Netzwerke abgehört und abgeschöpft, die sich jeglicher demokratischer Kontrolle entziehen. Der Einzelne ist den Mächten der digitalen Welten zwar machtlos ausgesetzt, doch können Kunst und Kultur zur Selbstvergewisserung des Einzelnen entscheidende Beiträge leisten.

- Die Globalisierung lässt die Grenzen einerseits durchlässiger werden, Staaten können sich zuneh-

mend nicht mehr nur über ihre territoriale Souveränität definieren, sondern positionieren sich als Teil internationaler wirtschaftlicher, politischer und kultureller Zusammenhänge und globaler Verflechtungen. Wir wissen, dass die klassischen Nationalstaaten allein offenbar kaum noch in der Lage sind, die globalen Krisen und Herausforderungen zu meistern. Doch längst sind Nationalbewusstsein und Abgrenzung voneinander zu einer Domäne von Populisten geworden, die die Lösung im Heil des Alleingangs und des »Einer gegen die Anderen« suchen und ihre »eigenen Wahrheiten« propagieren. Grenzen sollen wieder gezogen, Mauern errichtet und das Nationale wieder in Wert gesetzt werden. Die Politik der Öffnung und Entgrenzung ist nicht mehr alternativlos und wird sich gegen Tendenzen der Re-Nationalisierung und Schließung zu erwehren haben. Und immer mehr leben wir in dem Bewusstsein, dass brutalste Gewalttaten im Zeichen von Religion die äußere und innere Sicherheit in Frage stellen. Der Einzelne ist mit diesen Mächten permanent konfrontiert, doch können Kunst und Kultur zur Selbstverständigung innerhalb von und unter friedlichen Gemeinschaften entscheidende Beiträge leisten.

Wenn uns weltweit Nachrichten in Echtzeit erreichen und der Austausch mit fernen Kulturen medial jederzeit möglich ist, wenn die (Stadt-) Gesellschaft kulturell immer heterogener wird, verändern sich nicht nur die Bedingungen der Kulturproduktion und -vermittlung, sondern die menschliche Wahrnehmung schlechthin und die kulturellen Lebensstile im globalen Kontext.

All dies sind Gründe dafür, dass die Unterscheidung von »Innen« und »Außen« in der Politik immer schwieriger wird. Das »Außen« scheint verloren zu gehen, wenn Politiker ihre (Kurz-)Botschaften per Twitter oder Facebook im Sekundentakt weltweit auf die Smartphones von Millionen senden können. Uns wird immer mehr bewusst: Auch in der

Begrüßungsrede auf dem 9. Kulturpolitischen Bundeskongress am 15. Juni 2017 in Berlin



Kulturpolitik verflüssigen sich die Grenzen zwischen Außen und Innen. Auswärtige Kulturpolitik kann ebenso nach innen wirken, wie die Kulturarbeit auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen wesentliche Außenwirkung entfalten kann. Wir plädieren daher bei und mit diesem Kongress für eine kulturelle Weltinnenpolitik.

Zu fragen ist, wie wir uns kulturell im globalen Maßstab und mittels digitaler Kommunikation künftig weiterhin verständigen und unserer selbst vergewissern wollen. Kann eine wertorientierte »Global Citizenship« helfen, Verbindlichkeit unter den Menschen zu schaffen im Sinne einer wirklich nachhaltig orientierten »Weltinnenpolitik«? Welchen Beitrag sollte (auswärtige) Kulturpolitik dazu leisten? Wie sollen sich Kultureinrichtungen in die Prozesse der globalen Verständigung und verbindlichen Vereinbarung eines neuen Umgangs von Kulturen und Religionen, Staaten und Gemeinschaften einbringen?

Die Fragen, um die es gegenwärtig geht, wenn wir über die Zukunft der Kultur nachdenken (kulturelle Globalisierung, Digitalisierung, Migration, Religion) haben »Weltniveau«. Kleiner ist der Referenzrahmen für Kulturpolitik heute offenbar nicht mehr abzustecken. Kulturpolitik kann diese Welt nicht gestalten, aber sie ist bei »Strafe ihres Scheiterns« darauf angewiesen, sie sich und anderen zu erschließen, zu erklären. Wir sind alle aufgerufen, durch eine kulturelle Weltinnenpolitik den Rahmen dafür zu schaffen, dass in und durch Kunst und

Kultur Sinn und Orientierung vermittelt werden können. Denn wir wissen: Die Künste ermöglichen eine differenzierte Auseinandersetzung damit, wie wir leben wollen. In den Künsten lassen sich Widersprüche und gegensätzliche Interessen reflektieren und spielerisch »verhandeln«, um mentale Blockaden aufzuweichen.

Wenn Kulturpolitik sich an den Leitbildern der »kulturellen Demokratie« und der »offenen Gesellschaft« orientieren will, dann muss sie ihre Gefährdungen zur Kenntnis nehmen und ihre Freunde ermutigen, für eine kulturelle Weltinnenpolitik Partei zu ergreifen. Wenn Kulturpolitik ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren will, muss sie neben dem »Weiter so« der praktischen Politik einen Diskurs über die Zukunft der Kultur anstoßen und dabei überkommene Muster, Konzepte und Lebensweisen in Frage stellen. Nicht kulturelle Repräsentation und nationale Selbstdarstellung sind das Gebot der Stunde, sondern Aufklärung, Infragestellung, Selbstvergewisserung und die Verteidigung demokratischer Grundwerte.

Daher setzen wir mit diesem Kongress ein Zeichen dafür, die »soziale Kraft der Kultur« als Beitrag zur »Arbeit an der Weltvernunft« (Willy Brandt) wirksam werden zu lassen. Kulturpolitik hat mehr denn je den Auftrag, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, dass Kulturdialoge und Kulturinstitutionen sich im Sinne einer innergesellschaftlichen Friedens- und Demokratiep politik ausrichten. ■